

MEDIENMITTEILUNG
Vom 23. April 2008

KMU-Interessen zwischen Wahlarithmetik und Schattendasein

Die KMU der Schweiz bilden das volkswirtschaftliche Rückgrad. Die Parteien und ihre Exponenten tragen dieser Tatsache Rechnung, vor allem vor den Wahlen. Ein Blick in die konkreten Parteiprogramme zeigt, dass sich die Parteien von links bis rechts gerade soweit für die KMU engagieren, als dieser Einsatz für Abstimmungs- und Wahlerfolge relevant sind.

Interessant sind die Differenzen zwischen programmatischer Absicht und Verhalten im Tagesgeschäft. Das schriftliche Versprechen für eine Entlastung der KMU kehrt ins Gegenteil, wenn z. B. neue Formulare, neue Lohnnebenkosten wie höhere Kinderzulagen für jedermann oder Zwangsabgaben im Bereich der Berufsbildung beschlossen werden. Eine Grobanalyse verschiedener Parteiprogramme zeigt, dass die zentralen Anliegen der Wirtschaftsverbände, und insbesondere des Gewerbeverbandes, nur ausgedünnt in das Leistungsversprechen der Parteien Eingang gefunden haben. Dies steht im Widerspruch zur Unterstützung, welche die Wirtschaftsorganisationen den Parteien und ihren Kandidaten bei Abstimmungen und Wahlen zu Teil werden lassen. Das muss sich nach Meinung des Präsidenten des Kantonalen Gewerbeverbandes Zürich, Robert E. Gubler, bis zu den nächsten Wahlen 2011 sichtbar ändern.

Linke und Grüne setzen auf Ideologie und Planwirtschaft

Erschreckend ist das Bild, welches in den Programmen der SP und der Grünen gezeichnet wird. Bei den Grünen sollen mit Lenkungsmaßnahmen und Mitteleinsatz die Zukunftsbranchen und der Umweltschutz gefördert werden. Die SP redet einer „aktiven Wirtschaftspolitik“ das Wort und meint damit, dass sie sichere Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen könne mit dem Ziel, Wachstum und Ökologie sowie soziale Gerechtigkeit unter einen Hut zu bringen. Sie will im Gegenzug Sparprogramme verhindern, weil diese ihrer Ansicht nach „Zehntausende von Arbeitsplätzen“ vernichten und wirtschaftsfeindlich sind. Rot und Grün wollen den Luftverkehr einschränken und nehmen in Kauf, dass mit dem Kappen internationaler Flugverbindungen Arbeitsplätze gefährdet und vernichtet werden. Beide Parteien müssten inzwischen festgestellt haben, dass trotz der von ihnen vehement bekämpften Sparmassnahmen der letzten Jahre nicht weniger, sondern mehr Arbeitsplätze geschaffen wurden und die Zahl der Arbeitslosen auf ein Rekordtief gesunken ist.

Bürgerliche wollen Wettbewerb fördern und Bürokratie abbauen

Schon besser kommen bezüglich KMU-Interessen die Programme der bürgerlichen Parteien daher. Allen gemeinsam ist die versprochene Entlastung der KMU in administrativen und steuerlichen Belangen, in der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz, in der Verbesserung des Bildungsniveaus sowie der Vermeidung von latenten Steuererhöhungen durch gezielten Schuldenabbau. Bei den Freisinnigen sind die KMU „das unerwähnte Wesen“ und Berufsbildung ist bei ihnen zumindest in den Texten unbekannt. Die CVP will alle Gebühren für die Ausbildung von Lehrlingen abschaffen; die Bürokratie soll halbiert werden. Mit Unterstützung der CVP kommt es im Kanton Zürich

aber zur Abstimmung über einen Berufsbildungsfonds. Dieser geplante Fonds führte zu 60 000 Formularen, die von den KMU ausgefüllt und von der Bürokratie kontrolliert werden müssten. Die neue Zwangsabgabe trafe junge KMU und Branchen, die noch nicht über eine institutionalisierte Berufslehre verfügen. Abbau an Bürokratie und Gebühren schon wieder vergessen. Auch mit der CVP-Promotion von einheitlichen Kinderzulagen in der Schweiz für jedermann wird eher die Giesskannenstrategie denn die effiziente Verteilung beschränkter Mittel gefördert. Die KMU verzeichnen einen weiteren Anstieg bei den Lohnnebenkosten. Die SVP dagegen kommt den KMU-Anliegen im Programm besonders nahe. Im Vordergrund stehen der Abbau der Regulierungsflut, Verbesserungen im Bildungssystem und die Verschärfung bei der Ausgabenbremse. Die Fragen der bilateralen Verträge zur Stärkung der internationalen Geschäftsbeziehungen oder des inzwischen unverzichtbaren Imports von Fachkräften werden sorgfältig ausgeblendet. Die noch vor einigen Jahren propagierten Freihandelsabkommen mit den USA und südamerikanischen oder asiatischen Staaten als Alternativstrategie zu den EU-Märkten sind von dieser Partei wegen der Landwirtschaftsinteressen in die Warteschlange verwiesen worden.

Die Wirtschaft muss die politische Bestellung einbringen

Die Interessenorganisationen des Gewerbes können vor diesem Hintergrund nicht allein auf die Zusammenarbeit mit den Parteien oder auf einen Schulterschluss unter diesen bauen. Vielmehr muss das Gewerbe dafür sorgen, dass die Kernanliegen auch aus eigener Kraft im direkten Dialog mit den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern verankert sind und durchgesetzt werden können. Dafür sind der Kantonale wie auch der Schweizerische Gewerbeverband inzwischen gut gerüstet. Gleichwohl sollen die KMU-Anliegen noch vor den nächsten Wahlen konkret in die Programme und Leistungsversprechen der Parteien Eingang finden. Das 5-Punkte-Programm des KGV Zürich bildet dafür eine fundierte Grundlage. Das gemeinsame Credo haben alle drei bürgerlichen Parteien bereits mit ihrer generellen Zielsetzung abgegeben. Leistung und Selbstverantwortung müsse sich wieder lohnen. Dem kann sich das Gewerbe ohne Mäkeln und mit Überzeugung anschliessen.

Kontakt:

Kantonaler Gewerbeverband Zürich

Martin Arnold, Geschäftsleiter
Badenerstrasse 21
Postfach 2918
8021 Zürich
Telefon 043 288 33 66
Mobile 079 678 82 82
martin.arnold@kgv.ch

Robert E. Gubler, Präsident
c/o communicators AG
Wengistrasse 7
8004 Zürich
Telefon 0444 555 666
Mobile 079 440 56 68
robert.gubler@communicators.ch